

Walle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Erstausgabe am 1. März 1923. Die Tagesausgabe des Blattes beträgt in Kalle ein Band 775.000 Mark, durch die Post bezogen monatlich 10 Mark 775.000, in Halle 775.000 monatlich. Die abendliche Ausgabe beträgt 775.000 Mark. Die Tagesausgabe des Blattes beträgt in Kalle ein Band 775.000 Mark, durch die Post bezogen monatlich 10 Mark 775.000, in Halle 775.000 monatlich. Die abendliche Ausgabe beträgt 775.000 Mark.

Verlags- und Druckerei: Kalle a. S., Neue Promenade 16 und Große Deubenstraße 17, Fernsprechanlage: 2222. Druckerei: „Kalle-Zeitung“ Kalle a. S., Große Deubenstraße 17. Druckerei: „Kalle-Zeitung“ Kalle a. S., Große Deubenstraße 17. Druckerei: „Kalle-Zeitung“ Kalle a. S., Große Deubenstraße 17.

Der Kanzler gegen Druck und Drohung.

„Deutschland wird sich keinem Zwang beugen“ / Frankreichs Mobilmachung gegen das Ruhrgebiet
Was tut Amerika? / Keine Entschärfung der Replo / Der Dollars zum ersten Male über 10000!

Dr. Cunos Appell.

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Reichskanzler Dr. Cuno umfing gestern die höchsten Vertreter der amerikanischen Republikanischen Partei, die sich in Kalle befinden. Die amerikanischen Ministerpräsidenten haben bei ihrem Vertreter Besprechungen über die Reparationsfrage unter Berücksichtigung ihrer eigenen Interessen und über ihre eigenen Wünsche sich nicht einig werden können. Frankreich sieht sich zu diesem Zweck angedrungen, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt, durchzusetzen. Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. So sehr wir bereit waren und es auch noch heute sind, freiwillig und gefällig auf unsere Wirtschaft, mit unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgend einem Zwang zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unvermögen gezeigt und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, eben entschlossen den Weg des Widerstandes gehen. Unter Druck und Drohung werden wir nicht handeln. Frankreich verliert die gefante Aktion mit dem Schicksal des Ruhrs, zu umfassen, indem es von „Sanktionen“ und „Sühnen“ spricht, die in den Bestimmungen des Versailler Vertrags ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeschicklich er auch sonst ist, geht nicht so weit, den Amerikanern beliebige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust das deutsche Gebiet nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand nach über das Rheinland hinaus auf unbefugtes Gebiet deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Die Entscheidung über die Kohlenlieferungen.

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reparationskommission hat sich am Montag veranlaßt, um über die deutschen Kohlenlieferungen zu beraten. Die Kommission wird den Präsidenten der deutschen Reparationskommission, die über die Kohlenlieferungen, die im Jahre 1922 die ungenügende Kohlenlieferung betrafen, die Entscheidung darüber, ob weitere Deutschland ein beachtliches Verbrechen vorliegt oder nicht, wird erst am Dienstag fällen. Nach dem Ministerpräsidenten, der sich mit den bestehenden militärischen Maßnahmen befähigt, erklärte Poincaré den Journalisten, es werde weder ein Soldat noch ein Eisenbahnwagen mobilisiert werden (?).

Die Sachlieferungen.

Die „abschließlichen“ Verletzungen.

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Presse veröffentlichte eine Denkschrift der französischen Regierung über die deutschen Sachlieferungen, die den Nachweis erbringen sollte, daß Deutschland bei der Lieferung von Kohle, Holz, Metallarten, Eisen, Schrot und Schlacke und in der Behandlung der Holz- und Trauerholz-Fälle gegenüber den ihm obliegenden Verpflichtungen sich nicht als einseitig abschießend verhalten habe. Die Behauptungen sind bezüglich der Kohlenlieferungen bereits in einer ausführlichen Veröffentlichung entgegengetreten worden. Auch bezüglich der übrigen Sachlieferungen wird jetzt von zuständigen deutscher Stelle durch detailliertere Darstellung des Sachverhalts der Nachweis erbracht, daß die französische Denkschrift in jedem Fall eine abschießende Verleumdung Deutschlands hinsichtlich der Sachlieferungen ist. Die deutsche Erwiderung kommt zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Es wird ausgeführt, daß die deutsche Regierung die ihr von der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen auf dem Gebiete der Holz-, Kohlen- und Metallartenlieferungen nicht in vollem Umfang erfüllt hat, trotzdem die sämtlichen benötigten deutschen Dienstleistungen in vollem Maße geliefert worden sind und auch in allen Etappen der Durchführung immer wieder an den Tag gelegt haben, die Lieferungen bis zur Grenze des Möglichen auszuführen, auch wenn dadurch der deutschen Wirtschaft unvertretbar erscheinende Lasten aufgebürdet wurden. Das teilweise Verfehlen der Bestimmungen ist darauf zurückzuführen, daß die Forderungen nach Lieferung eigener Eisenmineralien der Reparationskommission von einer Menge von 16.000 Tonnen monatlich auf 7500 Tonnen ab 1. August 1922 herabgesetzt, die geleistete monatliche Durchschmittmenge betrug 7000 Tonnen, daß Streiks, Transportbehinderungen und andere nicht von der deutschen Regierung zu vertretende Umstände und nicht zum wenigsten betriebsbedingte Störungen französischer Dienstleistungen die Lieferungen gehindert haben. Von einem Verfehlen aber gar einer abschließlichen Verletzung der deutschen Regierung kann hier nach nicht im entferntesten die Rede sein.

Bei den Strohlieferungen und dem bei Trauerholz-Fällen handelt es sich um Vorberhandlungen, bei denen die deutsche Regierung vollkommen korrekt verfahren ist. Eine

Verletzung gegen Bestimmungen des Friedensvertrages kann um so weniger in Frage kommen, als eine Aufhebung der Reparationskommission in dieser Hinsicht überhaupt nicht vorliegt. Das Einverständnis über die Reparationsleistungen, welche an die deutsche Regierung zur Last gelegt wird, ist ein reiner Realvertragsvertrag, dessen Ausführung auch bei beiden Vertragsparteien überlassen und bestimmungsgemäß der Einwirkung der deutschen Regierung anheimgelassen ist. Im übrigen hat dieses Abkommen bisher nicht verletzt, sondern die praktischen Ergebnisse erzielt, die sich bisher in dem letzten Gezeiten seiner Geltung erweisen ließen. Daß man es im Rahmen der Denkschrift zur Feststellung eines Verstoßes der deutschen Regierung mit heranzieht, ist nur ein Beweis dafür, wie wenig tatsächliches Material der französischen Regierung für ihre Behauptungen zur Verfügung steht.

Warnbereitschaft.

Paris, 8. Jan. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die Zeitungen berichten, haben bis jetzt neun Divisionen bereit, sich in Alarmbereitschaft zu setzen. Die Justiz der für die Bekämpfung der Ruhr bestimmten Divisionen wird aber um zwei vermindert werden, da der Regierung der Bestand zweier belgischer Divisionen zugesagt wurde. Die Bekämpfung der Ruhr werde so lange dauern, bis Deutschland genügend Garantien gegeben haben wird, daß die Bedingungen des von der Reparationskommission zu bestimmenden Abkommens durchgeführt werden. Es ist wahrscheinlich, daß die Bekämpfung bis zum Ablauf des Monats März dauern wird.

Passiver Widerstand Englands am Rhein.

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Oberkommando der französischen Besatzungstruppen in Mainz hat durch seinen Generalstabschef beim englischen Oberkommando diejenige offiziell davon Kenntnis gegeben, daß am 15. Januar französische Besatzungstruppen unter Führung des französischen Oberbefehlshabers in Düsseldorf in der Ruhrgegend einmarschieren und die Städte Essen und Bochum mit einer entsprechenden Sicherungslinie besetzen würden. Gleichzeitig mit dieser Mitteilung hat das französische Oberkommando die Engländer gebeten, schon jetzt alle Maßnahmen zu treffen, um einen ungeordneten schiefen Transporthilfe der französischen Besatzungstruppen auf den durch die englische Besatzungstruppen über Köln führenden Eisenbahnen zu gewährleisten und ferner den Franzosen die Bekämpfung des Brückenbaues Köln als Aufmarschgebiet zu gestatten. Das englische Oberkommando hat hierauf geantwortet, daß es hierzu erst der Genehmigung der englischen Regierung bedürftig und daß das französische Oberkommando vor dem Eingang derselben in jedem Falle mit einer Erfüllung der französischen Forderungen des englischen Oberkommandos rechnen dürfe. Es hat gebeten, zwecks Vermeidung irgendwelcher Zwischenfälle außerdem von einer Bekämpfung der englischen Besatzungstruppen vorzugehen und Distrikte unter allen Umständen abzurufen zu nehmen.

Bevorstehende Erklärung Amerikas.

Paris, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) „Echo de Paris“ und andere Blätter bringen Meldungen über eine Note, die in Washington vorbereitet und in wenigen Tagen veröffentlicht werden soll. Die Regierung der Vereinigten Staaten will angeblich noch einmal die Grundlage für die wirtschaftliche Rettung Europas auseinandersetzen.

Die Abwehrpläne der Regierung.

Berlin, 9. Januar. (Eig. Drahtmeldung.) Das Reichsamt für die Kriegsmarine hat eine Sitzung ab. Über die Bekämpfung der Ruhr geht es um die Bekämpfung der Ruhr. Es kann festgestellt werden, daß die Regierung zahlreiche Maßnahmen in Aussicht genommen hat und daß Besprechungen darüber nicht mehr stattfinden brauchen, da der Gesamtplan fertig ist. Der Umfang der Maßnahmen wird davon abhängen, ob die französische Regierung eine vollständige militärische Bekämpfung vornimmt oder sie es bei teilweiser militärischer Bekämpfung läßt. Wahrscheinlich wird die Regierung, wenn die Bekämpfung der Ruhrgebiets erfolgt sein sollte, sich zunächst an das deutsche Volk wenden und dazu aufrufen, eine vollständige gefestigte Einheitsfront zu bilden. Es soll sich dabei nicht um die übliche Propaganda handeln, sondern um ganz bestimmte Pläne handeln, die auch für das innerpolitische Leben praktische Bedeutung haben würden. Die Frage, ob durch den Einmarsch in das Ruhrgebiet ein vollständiger Bruch des Vertrags von Versailles herbeigeführt wird, wird wesentlich unter dem Gesichtspunkte behandelt werden, daß durch den Vertrag von Versailles auch gewisse Schutzmaßnahmen für die deutsche Grenze durchgesetzt sind, die die Regierung nicht ohne weiteres preisgeben kann. Es wird jedoch ein Protest gegen die Bekämpfung des Ruhrgebietes unter Verletzung der Bestimmungen des Vertrags von Versailles in solchen diplomatischen Formen erfolgen, daß bei Wiedererneuerung von Reparationsverhandlungen für Deutschland eine neue Vertragsstiftung gegeben wäre. Dazu kommt, daß die deutsche Regierung natürlich öffentlich feststellen möchte, daß sie in keiner Weise mehr zu irgendwelchen Verletzungen oder Selbstleistungen für Reparationszwecke in der Lage ist, wenn das angebliche deutsche Ruhrgebiet von französischen Truppen besetzt sein sollte.

Heutiger Stand des Dollars 10200!!

Auf dem Wege der Gewalt.

Auch der Franz sinkt.

Der Frieden, der bisher nichts anderes war, als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, beginnt jetzt wieder eine Gestalt anzunehmen, die dem Kriege selbst verhaftet ähnlich sieht und kaum mehr von ihm zu unterscheiden ist. Man kann in der ersten Zeit, daß im Kriege zwei bis an die Zähne bewaffnete Parteien sich gegenüber zu setzen pflegen, während hier nur von einer solchen Partei gesprochen werden kann, insofern die andere wehrlos und wehrlos alles Unrecht und alles Ungemach über sich ergehen lassen muß und als einzige Basis ihr gutes Gewissen, das Recht und die Gerechtigkeit besitzt. Frankreich will in jeden Preis marschieren, und wenn nicht ein Wunder geschieht, so scheint in den nächsten Tagen Eilen und Umgebung vom Schicksal dazu auszuweichen zu sein, die Haupt des habgierigen Frankreich zu spielen. Schon sind 40 französische Ingenieure des Bergbaus und der Marine in Düsseldorf eingetroffen und werden dort mit einer Koppel Jagdtruppe, bis auf einen Ruf aus Paris die Wege gleich und sie über das unglückliche Bild herfallen können. Man sieht es seit langem, daß Herr Poincaré nach der Reparationskommission und ihren Entscheidungen keinen Wert setzt, daß er die alte Friedensverträge unabhängige Kommission als ein Ersatzorgan der Ententeorganisation, in besonderem Frankreich, betrachtet, und zwar genau so lange, wie die Entscheidungen fällig, die er wünscht. Augenblicklich ist er im Begriffe, dafür einen neuen Beweis anzutreten. Die Grundlage des französischen Vorgehens bildet die Entscheidung der Reparationskommission in der Ruhrfrage, in der bekanntlich wiederum eine „vorläufige“ Besetzung Deutschlands konstatiert werden soll. Diese Entscheidung ist dem französischen Ministerpräsidenten den rechtlichen Vorschlag für seine Aktion liefern.

Man sieht es Herr Poincaré dieser Entscheidung im Voraus ziemlich sicher zu sein, und man wird in der Tat kaum daran zweifeln dürfen, daß trotz des englischen Widerstandes Belgien und Italien dabei auf seiner Seite stehen werden. Allein die Reparationskommission hat auch beschlossen, vorher noch die deutschen Vertreter in der Frage der Kohlenlieferungen zu hören. Bevor dies aber geschehen ist, sind die französischen Ingenieure schon abgereist und hat die Aktion begonnen. Die Änderung der deutschen Vertreter ist demnach nichts als eine Farce, um der Welt Sand in die Augen zu streuen und nach außen hin den Anschein zu erwecken, als ob Frankreich auch die letzte Möglichkeit erschöpft wolle, bevor es zum Schicksal ausholt. An Wirklichkeit kommt das ganze Verfahren einer Verurteilung vor dem Völkerrecht gleich und gleichzeitiger einer neuen Unterbrechung der Reparationskommission, die hier wieder einmal ein Tribunal hergestellt wird, das Poincarés Intentionen auszuführen hat. Es ist ein Vorgang von geradezu grotesker Völlerei, wenn man bedenkt, aus welchem Grade Frankreich diesen ganzen die Welt in neue Unruhen und Gefahren führenden Apparat in Bewegung setzt. Schon seit Monaten ist der französische Ministerpräsident mit allen Mitteln seiner Staats- und Völkerverträge bemüht, alle Schuldner Englands und Amerikas zu einem Protektionismus gegen ihre Gläubiger zusammenzuschließen. An ihrer Spitze Frankreich selbst, das eben so einfach wie kategorisch erklärt, daß es nicht zahlen könne. Daselbe Frankreich aber, das gar nicht daran denkt, seinen eigenen Schuldverpflichtungen gegenüber England und Amerika nachzukommen, erprobt vor hilfloser Entzweiung und fuchelt sich mit dem Sichel vor der Welt herum, wenn das finanziell zusammengebrochene Deutschland eine Ermäßigung seiner Zahlungen fordert. Wegen dieser Methode eines hartgesottenen und unarmbrüchigen Gläubigers sind wir machtlos und hilflos. Es ist nur allzu verständlich, daß in dem betrapten Rheinland und im Ruhrgebiet die Bevölkerung von gewaltiger Erregung getroffen ist. Trotzdem wird man sie auf's Eindringlichste warnen müssen, sich von dieser ihrer berechtigten Empörung zu überleitenden Schritten hinsetzen zu lassen. Sie würde nur Wasser auf Poincarés Mühlen treiben. Wenn je, so heißt es jetzt häufig Sinn und fassen Kopf bewahren. Deutschland ist allein auf sich selbst gestellt. Auch die Reichsregierung ist machtlos. Sie kann für den Augenblick nichts tun, als eine Beratung mit die andere abhalten, und muß im übrigen erst das affäre Bergischen Frankreich abwarten. Selber Antritt zu erwidern ist ihr in diesem Zeitpunkt verfehlt. Aber auch wenn Frankreich wirklich marschieren wird, es nichts anderes tun können, als sich mit einem feierlichen Protest über diesen Rechtsbruch, der die neue Vertragswelt Deutschlands an das Gemessen der zivilisierten Welt zu wenden. Es ist hoffnungslos, auf Hilfe von außen zu hoffen.

Gewiß sind Großbritanniens und die Vereinigten Staaten überlegene und energische Gegner des isolierten Vorgehens Frankreichs, aber es wäre fahrlässig, zu glauben, daß sie ihm mit nicht als mit Worten in den Arm fallen werden. Das höchste, was zu erwarten ist, werden vielleicht feierliche Protestverlautbarungen sein. Da man dies auch in Frankreich weiß, sich trotzdem nicht hindern läßt, so ist kaum anzunehmen, daß diese Proteste nachher von besonderer Wirksamkeit sein und unser Dazwischen werden. Nur eines gibt es für uns: Die Eingriffe der Gewalt! Im Ruhrschein unteres Rechts und unteres guten Gewissens uns zusammenzuschließen und der Wagnispolitik Frankreichs ein Ende zu setzen.

